

**Sekretariat Uniterre**

Av. du Grammont 9

1007 Lausanne

Tel.: 021 601 74 67

Fax: 021 617 51 75

[info@uniterre.ch](mailto:info@uniterre.ch)

[www.uniterre.ch](http://www.uniterre.ch)

**An die Medien**

Lausanne, 21. Juli 2011

**Medienmitteilung: Die Euroschwäche und ihre Auswirkung auf die Schweizer Preise im medialen & politischen Fokus dieses Sommers**

*Seit Tagen beobachtet Uniterre die Aufregung rund um die Euroschwäche und die unvermeidliche Auswirkung dieses Wertverlusts auf die Schweizer Detailhandelspreise. Aber die unverschämten Währungsgewinne der Grossverteiler und das Versteckspiel der Importeure sind nichts Neues. Die Schweizer Bauern leiden seit Langem unter dieser Situation; Uniterre hat dies oft verurteilt und namentlich die Politik zur Handlung aufgerufen.*

Eines muss klar sein: Der Wechselkurs ist nicht die Hauptursache für die Preisdifferenz. Wären die Preise an die realen Produktionskosten gebunden – d. h. unter Beachtung der sozialen und ökologischen Kriterien – wäre der Unterschied zwischen den schweizerischen und den europäischen Preisen kleiner. Der Unterschied, der in der medialen und politischen Öffentlichkeit nun lautstark debattiert wird, hat eine andere Ursache. Bei den Lebensmitteln sind entlang der Wertschöpfungskette zahlreiche Personen tätig, deren Lohn je nach Herkunft der Produkte stark variiert. Wenn ein landwirtschaftlicher Arbeitnehmer in den Treibhäusern von Andalusien pro Tag 15 Euro erhält, ist es kein Wunder, dass die Tomaten aus Südspanien gegenüber den Tomaten aus dem Seeland oder der Region Genf ultrawettbewerbsfähig bleiben – unabhängig vom Eurokurs. Dasselbe gilt auch für die Angestellten der Industrie und der Grossverteiler in unseren Nachbarländern.

**Was heute diskutiert werden muss, ist das Versagen des Staats. Er wird seiner Aufgabe nicht gerecht, kohärente, stabile, soziale und gerechte Rahmenbedingungen zu schaffen. Das gilt nicht nur im Inland, sondern generell für die zwischenstaatlichen Beziehungen.** Heutzutage delegieren die Staaten ihre Aufgabe an die Wirtschaft, welche den Markt laufend dereguliert, um die Meistbietenden zu bedienen und auf dem Rücken der Angestellten Gewinne zu scheffeln. So gibt es sizilianische Mandarinen, die von afrikanischen Immigranten gepflückt werden, spanische Erdbeeren, die von rumänischen Saisonarbeitern/-innen geerntet werden usw. Wenn aber etwas schief läuft, sind die privaten Unternehmen die Ersten, welche den Staat um Hilfe angehen.

**Die Aufrufe gewisser Entscheidungsträger/-innen, hoher Funktionäre/-innen, Frauen und Männer der Schweizer Politik, man solle seine Einkäufe im Ausland tätigen und so Druck auf die Importeure und Verteiler machen, sind absurd und wirkungslos.** Sie zeigen einmal mehr, dass die Bürger/-innen im entfesselten Wirtschaftsdschungel allein

gelassen werden. Auch ist diese Empfehlung äusserst verantwortungslos, denn sie würde bei einer konsequenten Umsetzung *ad absurdum* führen: Im Ausland einkaufen, im Ausland Ferien machen ... warum nicht gleich den Standort wechseln und die Schweizer Wirtschaft aufgeben? Man soll den Bürgern/-innen doch nicht weismachen, der Arbeitsmarkt und die Löhne in der Schweiz blieben von einem solchen Verhalten unberührt.

In diesem Wahlsommer, wo alles getan wird, um im Scheinwerferlicht zu stehen, erwarten wir von unseren Entscheidungsträgern, dass **sie wirklich Verantwortung übernehmen, anstatt billige Versprechen abzugeben. Sie müssen:**

- Gerechte Regeln gegen das Dumping von Importpreisen definieren;
- Die Wettbewerbskommission anhalten, das Oligopol der Verteiler und der vertikalen Absprachen in der Schweiz zu zerschlagen und eine Überwachung der Margen entlang der Wertschöpfungskette ermöglichen;
- Druck machen, damit so schnell wie möglich eine Stelle zur Verfolgung von Zuwiderhandlungen eingeführt wird;
- Mit den europäischen Staaten zusammenarbeiten, um sozial verträgliche Lösungen für alle europäischen Bevölkerungsgruppen zu finden, welche unverdienterweise die Konsequenzen der verantwortungslosen Handlungen ihrer politischen und wirtschaftlichen Akteure tragen müssen.
- In einem Wort: Sie müssen endlich ihre Aufgabe erfüllen und aufhören, uns zu erzählen, das Kunden-Königs-Prinzip könne die Akteure der Wirtschaft beeinflussen.

Es wäre auch angebracht, die Bürger/-innen aufzufordern, ihre Lebensmittel direkt bei Bauern ihrer Region zu beziehen und Verteiler zu umgehen, um der politischen Botschaft an die Marktakteure mehr Kraft zu verleihen.

Wir Bäuerinnen und Bauern aus der Schweiz und Europa werden unsere Verantwortung zusammen mit unseren Verbündeten wahrnehmen. Wir sind der Meinung, dass eine Änderung der europäischen Agrarpolitik überfällig ist. Deshalb treffen wir uns vom 16. bis 21. August in Krems in Österreich am 1. Europäischen Forum zur Ernährungssouveränität [Nyeleni 2001](#), das über 600 Delegierte aus rund 40 Ländern unseres Kontinenten vereinen wird (siehe auch unsere Webseite zum Dossier [Ernährungssouveränität](#)).

Auskünfte:

*Pierre-André Tombez, Präsident Uniterre, 079 634 54 87 (französisch)*

*Valentina Hemmeler Maïga, Gewerkschaftssekretärin Uniterre, 021 601 74 67, 079 672 14 07 (französisch, ev. deutsch)*

*Rudi Berli, Gewerkschaftssekretär, 078 707 78 83 (deutsch)*